



Die Initiative „Schwalm ohne Autobahn“ hat diese Pyramide mit dem Titel „Spitzbetzel“ als Gegenpol zum Brückenbauwerk der A49 errichtet – im Hintergrund laufen die Bauarbeiten.
Foto: Andreas Schmidt

A49: Was lange währt, wird nimmer gut! Drängende Fragen bleiben weiter ungeklärt / Finanzierung unsicher

Seit Jahren schleppen sich nun die Autobahnplanungen dahin. Trotz nun (scheinbar) geschaffenen Baurechts sind immer noch Mängel vorhanden. Bereits im letzten Newsletter wurde etwa auf die Trinkwasserproblematik hingewiesen. Nun hat auch der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke ZMW in der letzten Sitzung der Versammlung einstimmig zwei wichtige Forderungen unterstützt (siehe weiterer Bericht in diesem Newsletter).

So liegt die Einmündungsstelle der Fernableitung, in die die Abwässer der Autobahn aus mehreren Sammelbecken abfließen sollen, laut Planfeststellungsbeschluss in der sehr schützenswerten Wasserschutzzone II. Hier wird eine Verlängerung dieser Abwasserleitung um 3,3 km gefordert, um somit die Einleitstelle bis hinter die Schutzzone IIIA zu verlegen. Zwar wäre dann immer noch die Wasserschutzzone

IIIB tangiert, aber dies wäre zumindest kein Verstoß gegen die Wasserschutzzonenverordnung des ZMW.

Zudem sieht die Autobahnplanung im Gebiet der ehemaligen Sprengstoffwerke WASAG, einer Altlast mit Schadstoffen für das Grund- und Trinkwasser, einen längeren Einschnitt in das Gelände vor. Da auch dieser Bereich in einer Wasserschutzzone (IIIA) liegt, wäre ein Abtrag der oberen Bodenschicht mit großen Risiken verbunden, da dort sprengstofftypische Verbindungen weitgehend gebunden sind und so derzeit kaum in das untere Grundwasser gelangen können, aus dem Trinkwasser gefördert wird. Würde nun diese Bodenschicht aufgebrochen und etwa bei Regenfällen diese Verbindungen ausgespült, könnten sie in die darunter liegenden Gesteinsschichten gelangen, die keine Filterfunktion mehr ermöglichen. Wegen der gesundheitlichen Risiken müssten dann Förderbrunnen stillgelegt werden, wenn entsprechende Konzentrationen nachgewiesen würden. Eine Stilllegung von Brunnen wiederum würde das hydraulische Gleichgewicht gefährden, das über Jahre durch

ein abgestimmtes Kontrollsystem mit entsprechender Steuerung der Fördermengen der gesamten Brunnenkette erreicht wurde und das Trinkwasser für einen Großteil der mittelhessischen Region liefert. Daher hat die Versammlung geeignete Maßnahmen gefordert, um etwa durch Arbeiten unter Regenschutz ein derartiges Risiko zu verhindern.

Wie ist nun dieser Sachverhalt zu bewerten? Inhaltlich ist festzustellen, dass die wiederholt vorgetragene Kritik an den bisherigen Planungen und den mangelhaften Festsetzungen im Planfeststellungsbeschluss VKE 40 (dem Baurecht für diesen Autobahnabschnitt) als völlig zu Recht gelten muss. Es stellt sich aber die Frage, wie nun seitens der Genehmigungsbehörde und der Autobahnplaner mit diesen Forderungen umgegangen wird. Nur, wenn diese Punkte verbindlich als Auflage aufgenommen werden, kann man zumindest die wasserrechtlichen Belange als nicht (mehr) fahrlässig vernachlässigt ansehen.

Unterdessen ist die Klage gegen den Abschnitt VKE 30 (Schwalmstadt – Stadtallendorf) eingereicht. Und für den letzten

Abschnitt VKE 40 (Stadtallendorf – Anschluss an die A5) wird die Klage eingereicht werden, sobald die Initiativen genügend Geld gesammelt haben, um die Kosten des Rechtsstreits zu decken. Hierfür wird noch um finanzielle Unterstützung gebeten. Diese kann auch über den Kreisverband Marburg-Biedenkopf mit dem Stichwort „A49“ erfolgen.

Doch auch wer für die Autobahn A 49 eintritt, sieht sich mit einem Kostenproblem konfrontiert, da die Bereitstellung entsprechender Bundesmittel in Höhe von mindestens 320 Millionen Euro für den Bau dieser beiden Autobahnabschnitte nicht abzusehen ist. Daher sieht etwa die Stadt Neustadt mit Sorgen dem Weiterbau bis Schwalmstadt (VKE 20) entgegen, wenn dort ein Autobahnende den zunehmenden Verkehr dann mitten durch die Innenstadt leiten wird.

Kurzum: Warum wird nicht auf notwendige Ortsumfahrungen und damit eine relativ normale zweistreifige Straßenverbindung gesetzt, als den irrwitzigen Versuch weiter zu führen, eine raumunverträgliche Autobahn mit unverantwortlichen Nebenwirkungen durchzudrücken?

Peer-Group-Projekt erfolgreich

Das Regionale Übergangsmanagement bietet zur Unterstützung eines besseren Übergangs von der Schule in den Beruf ein Peer-Group-Projekt an, in dem sich Auszubildende und Schüler austauschen können. Wie beurteilt der Kreisausschuss den bisherigen Erfolg dieses Projekts?

Dazu der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Karsten McGovern: „Das Projekt wird als Erfolg beurteilt. Peer-Group-Ansätze gehen davon aus, dass Jugendliche sich Gleichaltrige oder Gleichgesinnte als Vorbilder für Einstellungen und Verhaltensweisen suchen.“ In diesem Projekt berichteten Auszubildende aus verschiedenen Betrieben, Institutionen und Berufsfeldern Schülern von ihrem eigenen Weg in der Ausbildung. Angesprochen würden Realschüler am Ende der Vorabgangsklassen sowie Hauptschüler zu Beginn der Abgangsklassen – denn diese befänden sich in der Berufswahl- und Bewerbungsphase. „In einem Austausch auf Augenhöhe können Schüler ihre individuellen Fragen zu Ausbildung und Ausbildungsplatzsuche mit jungen Menschen, die diese Phase gerade abgeschlossen haben, besprechen. Der Peer-Group-Ansatz ermöglicht damit einen nachhaltigen und authentischen Wissenstransfer“, so McGovern.

Die Auszubildenden werden von pädagogischen Fachkräften des Jugendbildungswerks und des Fachdiensts Jugendförderung/RÜM für ihre Einsätze geschult und vom Organisationsteam über die gesamte Projektlaufzeit begleitet. „Durch das ehrenamtliche Engagement werden auch die Auszubildenden in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung gefördert“, verdeutlicht McGovern.

Seit Sommer 2010 konnten 72 Peers geschult und eingesetzt werden. Es fanden 58 Einsätze an 12 Schulen im Landkreis und in der Stadt Marburg statt. Insgesamt haben sich 16 Betriebe und Institutionen an dem Projekt beteiligt. „Schulen und Betriebe aus dem Landkreis haben großes Interesse“, so McGovern.

Impressum

V.i.S.d.P.:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion
Marburg-Biedenkopf
Sandra Laaz
Geschäftsstelle:
Frankfurter Straße 46
35037 Marburg

Unbekannte Gefahren: Absage an Fracking in der Region

Fracking ist eine Technologie, die bei der Förderung von sogenannten unkonventionellen Erdgasvorkommen eingesetzt wird. Dabei wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Untergrund gepresst, um gashaltige Gesteinsschichten aufzusprengen.

Experten sehen beim Fracking Gefahren für das Trinkwasser und den Boden und stellen die Klimabilanz in Frage. Aktuelle Studien bestätigen, dass Fracking erhebliche Risiken für die Umwelt birgt und deren Folgen nicht abschätzbar sind.

In Hessen hat das Unternehmen BNK Deutschland GmbH Interesse. Ein entsprechender Antrag auf Erlaubnis zur Aufsuchung wurde beim Regierungspräsidium Darmstadt gestellt. Das Aufsuchungsfeld, „Adler South“ genannt, umfasst eine Fläche von insgesamt 5212 Quadratkilometern. Es erstreckt sich über alle nordhessischen Landkreise sowie über die Stadt Kassel – und auch nördliche Bereiche des Landkreises Marburg-Biedenkopf liegen im Erkundungsgebiet.

Konkret betroffen ist das Gebiet nördlich der Linie Biedenkopf, Wetter, Rauschenberg und Neustadt. Aber auch für die Kommunen südlich dieser Linie ist Fracking ein Thema. Sie be-



Beim Fracking gibt es viele Gefahren für das Trinkwasser.
Foto: Sara Hegewald / pixelio.de

ziehen ihr Trinkwasser von den Mittelhessischen Wasserwerken. Diese gewinnen den überwiegenden Teil ihres Trinkwassers von den Wasserwerken Wohratal und Stadtallendorf. Die zugehörigen Trinkwasserschutzgebiete reichen weit in das beantragte Erkundungsgebiet herein.

„Wir GRÜNEN sehen die aktuellen Entwicklungen äußerst skeptisch und fordern ein bundesweites Moratorium. Wir wollen keine Experimente mit unserem Trinkwasser“, so Sandra Laaz.

Aus diesem Grund lehnt auch der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf das Fracking unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ab. Der Kreistag be-

grüßt in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des Kreis Ausschusses vom 11. April zum Antrag der BNK Deutschland, mit der er das Vorhaben abgelehnt hat.

Der Kreistag fordert den Bundesgesetzgeber auf, das Bundesberggesetz mit modernen rechtlichen Anforderungen zu novellieren. Er vertritt die Auffassung, dass zukünftig im Genehmigungsverfahren die Bedeutung des Grund- und Trinkwasserschutzes grundsätzlich als prioritär einzustufen ist. Fracking ist in sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel in Trinkwasser-Gewinnungsgebieten, grundsätzlich zu untersagen.

Trinkwasser ist wichtigste Ressource

Mitglieder von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN aus den Fraktionen im Ostkreis und dem Kreistag informierten sich im Wasserwerk Stadtallendorf über die Trinkwasserversorgung in unserer Region. Wassermeister Peter Preis (Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke) führte die Abgeordneten durch das Wasserwerk Stadtallendorf und erklärte die Besonderheiten, um sauberes Trinkwasser zu liefern.

Aus mehreren Brunnen der Süd- und Westkette wird das Rohwasser aus einer Tiefe von rund 160 Metern gefördert und gelangt so in das Wasserwerk. Dort wird es zu Trinkwasserqualität aufbereitet und kontrolliert, bevor es in unsere Haushalte kommt und 350000 Bürger versorgt.

Damit das Grundwasser im Einzugsgebiet der Brunnen in seiner Qualität erhalten bleibt, sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen in Trinkwasserschutz zonen erforderlich. Dieses Gebiet erstreckt sich auf einen weiten Bereich des Ostkreises (Wasserschutz zonen III), wobei insbesondere im näheren Einzugsgebiet der Brunnen die Wasserschutzzone II besondere Bedeutung hat, da für die Kommunen Stadtallendorf und Kirchhain hier entsprechende Einschränkungen in der Bebaubarkeit dieses Bereiches bestehen. „Dies ist notwendig, um den Grundwasserschutz für die Trinkwasserversorgung der Allgemeinheit zu gewährleisten“, meinte Reiner Nau, Fraktionsvorsitzender der Kirchhainer Grünen.



Beeindruckt zeigten sich die Besucher vom Maschinenraum, wo die starken Pumpen das Trinkwasser in die Fernleitungen pressen, damit es den weiten Weg durch die Rohre bis in die Haushalte antreten kann. Hieraus ergab sich auch die Frage nach dem sicherlich hohen Energieaufwand, den Kreistagsabgeordneter Thomas Schneider aufwarf und zu Überlegungen für den Einsatz regenerativer Energien führte.

Nach der Führung beantwortet Preis zahlreiche Fragen, etwa zu den Reinigungs- und Kontrollmechanismen im Zusammenhang mit den sprengstofftypischen Verbindungen, die durch Aktivkohlefilterung, ein dichtes Analyseprogramm und der entsprechenden Steuerung der Brunnenleistungen den Anforderungen gerecht würden.

Kreisfraktion schlägt Karsten McGovern als Landrat vor

Die Kreisfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich jüngst für Dr. Karsten McGovern als Landratskandidaten ausgesprochen.

Als einen wichtigen Grund führt Fraktionsvorsitzende Sandra Laaz die erfolgreiche Arbeit der vergangenen zehn Jahre etwa bei der Jugendhilfe, der Integration in Arbeit und Ausbildung, dem Klimaschutz, dem Ausbau des Busverkehrs im Landkreis und der menschenwürdigen Altenhilfe an.

In seiner Rede in der Fraktion betonte McGovern, dass es ihm darum gehe, in Zukunft noch mehr zu tun für ein breit gefächertes Bildungsangebot, gelebte soziale Teilhabe, Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger und ein weltoffenes Klima, Toleranz und gegenseitigen Respekt.

Er wolle vor allem dafür sorgen, dass ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort vor-



Dr. Karsten McGovern soll neuer Landrat werden.

Foto: Andreas Schmidt

handen seien, die Energiewende in Bürgerhand vorangetrieben werde und mehr Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen teilnehmen könnten.

Das alles könne aber nur gelingen, wenn ein finanziell, personell und organisatorisch gut aufgestellter Landkreis sparsam

wirtschaftet und in die Zukunft investiert.

„McGovern ist auch deshalb gut geeignet, weil er gerade nicht parteipolitisch einseitig agiert und sich immer offen für die Belange der Bürgerinnen und Bürger gezeigt hat“, verdeutlicht Sandra Laaz.

Zeiteninsel in Weimar soll Brücke schlagen

In Weimar wurden in den letzten Jahren umfangreiche Spuren prähistorischer Siedlungen gefunden. Seit zehn Jahren gibt es Bemühungen, diese frühen Siedlungsstrukturen nachzubauen und dort das erste archäologische Freilichtmuseum dieser Art in Hessen zu errichten, die Zeiteninsel. Grund für die Kreistagsfraktion der GRÜNEN, sich vor Ort zu informieren.

Auf einer Museumsfläche von über 3,5 Hektar soll künftig ein Rundweg die Besucher über fünf Zeitstationen durch rund 11000 Jahre Menschheitsgeschichte im Lahnthal führen. Geplant sind ein germanisches Gehöft der frühen römischen Kaiserzeit (um Chr. Geb.), ein Weiler der jüngeren Eisenzeit (ca. 500 v. Chr.), eine bronzezeitliche Hofsiedlung (ca. 1000 v. Chr.), ein Langhaus der mittleren Jungsteinzeit (ca. 4500 v. Chr.) sowie ein Lagerplatz mittelsteinzeitlicher Jäger und Sammler (ca. 9000 v. Chr.).

Der stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins, Bernd Starossek, erläuterte, dass die Gemeinde Weimar vor drei Jahren eine Machbarkeitsstudie bei Concultura GmbH in Auftrag gegeben habe, die von der Region Marburger Land unterstützt und gefördert wurde. Diese Machbarkeitsstudie zeigt auf, dass dieses Freilichtmuseum am Standort von Marburg eine verkehrstechnisch



günstige Lage hat und sicher ausreichend Besucher anzieht, um die Region touristisch aufzuwerten.

Starossek hob hervor, dass sowohl die Gemeinde Weimar als auch die Stadt Marburg und der Landkreis das Projekt unterstützen und der Förderverein viel Unterstützung erfahre und so schon erste Projekte finanzieren konnte. So wurde der Kauf eines Grundstücks finanziert, das für das Museum wichtig ist und an die Ausgleichsfläche angrenzt. Zudem hat der Verein einen mittelalterlichen Brunnen an der Stelle wieder aufgemauert, wo er in seinen Überresten bei den Ausgrabungen der ParAllna gefunden wurde.

„Dies und das Errichten der Zeiteninsel war aufgrund der durch den Bau der B3a notwendigen

Ausgleichsmaßnahmen möglich“, erklärte Stefan Bug. Erfreulich ist auch, dass das Land Hessen auch seine Bereitschaft mehrfach signalisiert hat, sich an den Investitionskosten zu beteiligen, sodass das Projekt durch das Zusammenwirken von Kommune, Landkreis, Land und Bund optimale Bedingungen habe.

Das Freilichtmuseum, so der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Karsten McGovern, sei geeignet, den Landkreis touristisch aufzuwerten und eine Brücke zu schlagen zwischen der frühen Ansiedlung an der Lahn zum modernen Mittelhessen.

Nun müsse man alles tun, um Baurecht umweltverträglich zu realisieren und einen attraktiven Zugang zum Gelände baurechtlich abzusichern.

Eingliederung: Keine Kürzung der Mittel

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, sich gegenüber der Bundesregierung und den Fraktionen des Bundestages, direkt aber auch über seinen Spitzenverband, gegen die geplante überproportionale Kürzung der Eingliederungsmittel nach dem SGB II auszusprechen.

Die weitere erhebliche Kürzung der Bundesmittel für 2013 um bundesweit insgesamt 11 Prozent gegenüber dem Niveau von 2012 führt zu einer erheblichen Einschränkung der Chancen Langzeitarbeitsloser. Für den Landkreis wird die Kürzung noch stärker ausfallen. Nach ersten Berechnungen ist mit einer Reduzierung von 17,7 Prozent zu rechnen.

Mit diesen Einsparungen werden die Handlungsmöglichkeiten des KreisJobCenters zur Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt nochmals erheblich eingeschränkt. Die Vielfalt an örtlich abgestimmten Instrumenten der Eingliederung muss im Interesse der betroffenen Menschen und des Arbeitsmarktes in unserer Region erhalten werden.

Insbesondere die schwer vermittelbaren Personen erhalten wiederholt weniger Chancen. Es werden langfristige und teurere Maßnahmen auch für Jugendliche eingeschränkt werden müssen. Dies ist eine gerade für diese Zielgruppe nicht akzeptable Entwicklung.

Wohin mit den Blinkschuhen?

Die GRÜNE Kreistags-Abgeordnete Prof. Dr. Angela Thränhardt wollte in einer Anfrage an den Kreistag erfahren, wie Gegenstände mit integrierten Batterien, wie etwa Blinkschuhe für Kinder, entsorgt werden können und wo sich Verbraucher über verschiedene Abfälle informieren können.

Für diese Geräte habe die Abfallwirtschaft Lahn-Fulda (ALF) ein telefonisches Abrufsystem eingerichtet: Nach Terminvereinbarung unter 06421-944144 erfolgt die Abholung durch Integral. Zudem können Elektro-Altgeräte an den Sammelstellen in Cappel und Dautphe abgegeben werden.

Informationen zur Abfall-Entsorgung gibt es auch im Internet unter www.a-lf.de sowie bei der kostenlosen Beratungs-Hotline, die auf den jeweiligen Abfallkalendern von Städten und Gemeinden zu finden ist.

Klinikum: Mittelhessen stärken

Privatisierung großer politischer Fehler / Realistische Strategien entwickeln

Die Kreistag von Marburg-Biedenkopf und Gießen sowie die Stadtparlamente der beiden mittelhessischen Universitätsstädte haben auf Initiative der GRÜNEN erstmals einen gemeinsamen Beschluss zur langfristigen Sicherung und Weiterentwicklung des Universitätsklinikum Gießen-Marburg und der medizinischen Fachbereiche der Universitäten in Marburg und Gießen gefasst.

Die Privatisierung des UKGM war ein Fehler! Zumindest hier vor Ort sind die politischen Aussagen eindeutig – so auch im Kreistag. Hier wurden wiederholt, und das ist sicherlich etwas Besonderes, einstimmige Beschlüsse gefasst, so Reiner Nau (siehe auch den Bericht im letzten Newsletter).

Ein weiteres Problem kommt auf Marburg und Gießen zu. Mit dem Verkauf der Universitätskliniken wurde nämlich das Verhältnis von Krankenversorgung und Forschung und Lehre nur unzureichend geklärt. Im Raum steht die Fusion der medizinischen Fachbereiche, die bereits der Wissenschaftsrat angeregt hat. Damit aber wird Hand an die beiden mittelhessischen Volluniversitäten gelegt – zugunsten anderer hessischer Standorte. Welche Bedeutung die Medizin für Mittelhessen



hat, zeigt ein kleiner Blick auf die Zahlen: An den medizinischen Fachbereichen der Philipps-Universität Marburg und der Justus-Liebig-Universität Gießen gibt es insgesamt rund 5 500 Studierende und 1 200 Beschäftigte (neben denen in der Krankenversorgung Beschäftigten).

Im Juni 2012 haben sich daher die GRÜNEN aus den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf sowie aus den Universitätsstädten Gießen und Marburg in einer gemeinsamen Erklärung für den Erhalt und den Ausbau des Universitätsklinikums Gießen-Marburg und der medizinischen Fachbereiche der Universitäten in Marburg

und Gießen ausgesprochen. Die schwarz-gelbe oder eine künftige rot-grüne Landesregierung werden aufgefordert, Strategien zum Ausbau der erfolgreichen Kooperation und der Weiterentwicklung beider Standorte zu entwickeln.

Die GRÜNEN sind in beiden mittelhessischen Landkreisen und in den Universitätsstädten Gießen und Marburg hauptamtlich vertreten und tragen die Magistrate und Kreisausschüsse durch Koalitionen. Weil uns damit eine besondere Verantwortung zukommt, haben wir unsere Initiative „Mittelhessen stärken“ mit unseren jeweiligen Koalitionspartnern verhandelt.

Am 6. September hat die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen mit den Stimmen von GRÜNEN, SPD und CDU unserem Initiativ-Antrag „Mittelhessen stärken“ zugestimmt. Am 10. September ist der Kreistag Gießen dem Koalitionsantrag von GRÜNEN, SPD und FW einstimmig gefolgt. Am 21. September hat der Kreistag Marburg-Biedenkopf dem Koalitionsantrag von GRÜNEN, CDU und FW zugestimmt, und am 28. September ist die Stadtverordnetenversammlung von Marburg (SPD/GRÜNE-Koalition) gefolgt.

Die Privatisierung des UKGM ist als das darzustellen was es ist, nämlich ein gravierender politischer Fehler. Jetzt aber sind realistische Strategien zu entwickeln, um die Standorte zu halten und weiterzuentwickeln. Matthias Knoche, Kreistagsabgeordneter im Nachbarkreis Gießen, dazu: „Eine Skandalisierung allein ist aber kein Konzept. Beide Universitäten zeichnen sich durch eine anerkannt hohe Qualität in der Krankenversorgung wie in der damit verknüpften Forschung und Lehre aus. Ihr Ruf auf diesem Gebiet liegt deutlich vor anderen hessischen Universitäten. Dieser Ruf darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.“

Landkreis mit Breitband fit für die Zukunft machen

Der Landkreis hat beschlossen, flächendeckend Glasfaserkabel für eine Internetversorgung von mindestens 50 Mbit/s zu verlegen.

„Wir sind uns im Kreistag einig, dass dies eine wichtige Infrastrukturmaßnahme ist“, verdeutlicht Michael Meinel in seiner Rede vor dem Kreistag.

Es seien vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Selbstständigen und die im Homeoffice für ihre Firma arbeiteten. „Die IHK sagt, dass die Breitbandversor-

gung für die Wirtschaft wichtiger ist als Autobahnen und Parkplätze.“

Also bleibe die Frage, wie das zu erreichen sei. „Der Markt will nicht. Vor sieben Jahren habe ich für Lahn-tal persönlich begonnen, alle Telekommunikations-Unternehmen abzufragen, ob sie denn bald schnelles Internet ermöglichen. Sie wollen nicht – bis heute. Oder nur, wenn durch erhebliche sechsstellige Beträge, die die Kommune zuschießt, die kurzfristige Rendite gewährleistet wird“, so Meinel.

Im Sinne der Daseinsvorsorge sei es Pflicht für die öffentliche Hand, für ihre Bürger und ihre Unternehmen das Heft in die Hand zu nehmen – wie bei anderen Netzen. „Sie wurden in der Vergangenheit gebaut, ohne, dass zuvor klar war, ob sie sich über Jahrzehnte rechnen werden oder gar eine Rendite bringen werden. Es reicht der öffentlichen Hand im Sinne der Daseinsvorsorge, dass eine langfristige Kostendeckung sichergestellt ist, beziehungsweise dass diese mittel-

bar etwa durch Steuereinnahmen gedeckt werden“, verdeutlicht der Abgeordnete.

Michael Meinel macht klar: „Wir sollten die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Es ist gut, dass das Breitbandnetz in öffentlicher Hand bleibt und nicht wie in anderen Fällen nach seinem Bau an Private verkauft wird, die dann den Rahm abschöpfen. Dabei ist aber der Zugang für private Anbieter mit der Durchleitung von Diensten gewährleistet.“

Biogas-Anlage Rauschenberg: Engagement lohnt sich

Der Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour besuchte bei seiner Sommertour auch die Fiddemühle in Rauschenberg. Hier wurde vor sechs Jahren die erste Biogas-Anlage des Landkreises gebaut. Mittlerweile sind weitere gefolgt und der Landkreis wird aufgrund seines Engagements im Bereich Erneuerbarer Energien mit dem Masterplan besonders gefördert. Grund genug, sich gemeinsam mit dem Rauschenberger Magistratsmitglied und Bürgermeisterkan-

didaten Michael Vaupel darüber zu informieren, ob sich das Engagement gelohnt hat.

Betrieben wird die Anlage von drei Landwirten, sie wird ausschließlich mit nachwachsenden Rohstoffen versorgt. Außerdem wurden Photovoltaik-Anlagen installiert, weitere sollen folgen. Betreiber Herbert Stracke führte die Gäste über die Anlage und machte deutlich, dass sich das Engagement lohnt. Und zwar nicht nur für die Umwelt, auch wirtschaftlich sei diese Anlage mittlerweile ein



großer Gewerbesteuerzahler für die Kommune.

Bedauert wurde allerdings, dass es bislang nicht möglich sei, Totholz

aus dem Stadtwald zu nutzen, obwohl eine Trocknungsanlage vorhanden ist. Besonders ärgerlich sei auch, dass es noch keine Planungen für ein Nahwärmenetz gebe, obwohl das laut Stracke technisch einfach zu lösen sei. Eine Machbarkeitsstudie sei in Auftrag gegeben, aber noch nicht begonnen. Es sei zu befürchten, dass bald Landeszuschüsse in Höhe von 50 000 Euro verfielen, die dann von der stark verschuldeten Stadt Rauschenberg getragen werden müssten.